

Kampf für Frieden und Sozialismus, insbesondere mit der gegenseitigen brüderlichen Hilfe der marxistisch-leninistischen Parteien und der Völker im sozialistischen Weltsystem, verbunden.

**Pazifismus:** bürgerliche politische Strömung und Ideologie, die unter der Losung des Friedens um jeden Preis gegen alle Arten von Kriegen auftritt. Der P. läßt den Klassencharakter des Krieges unberücksichtigt und lehnt auch den gerechten Krieg - den revolutionären Krieg der fortschrittlichen Klassen wie auch den nationalen Befreiungskrieg - ab. Er führt den Kampf um den Frieden nicht als Kampf gegen die sozialen und politischen Ursachen der Kriege in der antagonistischen Klassengesellschaft, namentlich im Imperialismus. In der Forderung nach Sicherung des Friedens berühren sich der P. und die Politik der sozialistischen Staaten sowie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und der anderen um den Frieden kämpfenden Bewegungen und sozialen Kräfte der Gegenwart. Das bedeutet jedoch nicht Verzicht auf Kritik an den pazifistischen Positionen. Die imperialistischen Kräfte sehen in den pazifistischen Losungen eine wachsende Gefahr für die Verwirklichung ihrer aggressiven Politik. Deshalb versucht die imperialistische Ideologie und Politik, den P. mit Hilfe des —y Antikommunismus zurückzudrängen.

**persona grata** (erwünschte Person) : ein in Aussicht genomener diplomatischer Vertreter im Range eines Botschafters, Gesandten oder Ständigen Geschäftsträgers, dem das —y *Agreement* durch den zukünftigen

Empfangsstaat erteilt wurde. Zwischen den meisten sozialistischen Ländern werden die übrigen diplomatischen Mitarbeiter ohne Vorbehalt als p. g. betrachtet, während ansonsten die Erteilung des Einreisevisums für Diplomaten, die als Mitarbeiter des diplomatischen Personals der Mission deklariert sind, die Bedeutung der Erklärung zur p. g. hat. Einer ebenfalls ausdrücklichen (formellen) Erklärung zur p. g. bedarf es für die den diplomatischen Missionen zugeordneten Militärattachés.

**persona non grata** (unerwünschte Person): diplomatischer Vertreter, der als Chef einer diplomatischen Mission in einem anderen Staat vorgesehen war und dem von der Regierung dieses Staates das —> *Agreement* nicht erteilt wurde. Zur p. n. g. können durch den Empfangsstaat zu jeder Zeit Chefs diplomatischer Missionen sowie andere diplomatische Mitarbeiter erklärt werden, was die Forderung nach ihrer Ausreise zur Folge hat. Gründe hierfür sind meist: feindliche Einstellung gegenüber der Regierung des Aufenthaltsstaates; Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Aufenthaltsstaates; Nichtbeachtung von Gesetzen und Gewohnheiten des Gastlandes; Mißbrauch der den Diplomaten zustehenden diplomatischen + *Immunitäten* und Privilegien; Verletzung der allgemein anerkannten internationalen Normen für das Verhalten von Diplomaten u. a. In Übereinstimmung mit Art. 9 der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen von 1961 bedarf die Erklärung zur p. n. g. nicht der Begründung durch den Empfangsstaat.

**persönliches Eigentum:** im Sozialismus Arbeitsprodukte, die durch